

LAG

1/91

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



GRAFFITY IN DER SIEDLUNG

INHALT

Liebe Leserinnen und Leser,

die Landtagswahlen in Hessen liegen mittlerweile bereits ein paar Wochen zurück, die neue Hessische Landesregierung tritt jedoch erst in diesen Tagen ihr Amt an. In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN sind zwar viele Dinge, die im Forderungskatalog der LAG enthalten waren - z.B. der Ausbau der gemeinwesenorientierten Bildungs- und Beratungsarbeit in den Sozialen Brennpunkten, die verstärkte finanzielle Förderung der Spiel- und Lernstuben, die Einrichtung eines Landesprogrammes "Hilfe zur Arbeit" unter besonderer Berücksichtigung der Belange der Frauen, die Unterstützung der Arbeit der Sozialhilfeinitiativen, die Rücknahme der Sozialhilfekürzung für alleinstehende 18-25Jährige -, aufgenommen worden, ihre konkrete Umsetzung in die Alltagspraxis steht aber noch bevor. Diese Chance zur weiteren Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Sozialen Brennpunkten sollten wir alle uns nicht entgehen lassen.

Gemeinsam mit den in der LAG aktiv mitarbeitenden Projekten und Initiativen wollen wir auf den nach den Osterferien anstehenden Regionaltreffen sowie auf der Bewohnertagung/Mitgliederversammlung Anfang Mai in Oberreifenberg eine erste Einschätzung der neuen hessischen Landespolitik im wohnungs-, sozial-, frauen- und arbeitsmarktpolitischen Bereich vornehmen und Konsequenzen hieraus für die Arbeit in den Sozialen Brennpunkten bzw. allgemein im Kampf gegen die Armut in Hessen ziehen.

An dieser Stelle möchten wir uns auch noch einmal bei Stephan van den Bruck aus Limburg entschuldigen. Stephan war nämlich Mitautor des Rockmobil-Reiseberichts aus der Sowjetunion in unserer letzten Ausgabe und wir haben seinen Namen bei dem Artikel ganz und gar unterschlagen. Sorry Stephan, soll nicht wieder vorkommen.

Wir hoffen, daß dieses Heft frei von derartigen Versehen ist.

Tina und Lothar

INHALT

Grundsätze zur Verbesserung der Lage Obdachloser.....S.	3
Golf-Krieg - was geht uns das an?.....S.	7
Im Wortlaut: Sozialhilfeverein Raunheim.....S.	9
Mehr Farbe in die Siedlung.....S.	10
LOBI - Verein zur beruflichen Förderung von Frauen.....S.	12
Frauenbeschäftigungsprojekte - Was tut not?.....S.	13
Tagung der Spiel- und Lernstuben in Wiesbaden.....S.	14
Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen....S.	16
"Frauen hüben - Frauen drüben".....S.	20
Recht.....S.	22
Neues aus dem Jugendbereich.....S.	23
Referat Existenzsicherungsberatung.....S.	24
Frauen in der LAG.....S.	25
Dies und Das.....S.	26
Termine.....S.	28

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Moselstraße 25, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 069/250038

Redaktion: Christina Hey, Lothar Stock
Mitarbeit: Monika Lorenz

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

GRUNDSÄTZE ZUR VERBESSERUNG DER LAGE OBdachLOSER IN HESSEN**PERSPEKTIVEN DER GEMEINWESENARBEIT IN SOZIALEN BRENNPUNKTEN**

In einer Zeit, in der nichts vergänglicher ist als die Nachrichtenmeldung von gestern, in der bestehende Grenzen eingerissen (und neue aufgebaut) werden, in der morgen nichts mehr so ist, wie es gestern noch war, muß sich auch die Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten die Frage stellen, was ihre Zukunftsperspektiven sind. Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, verbunden mit einer völlig neuen Wohnumfeldgestaltung, lassen die Siedlungen - zumindest rein äußerlich, wenn auch der Ruf des Ghettos vielerorts sicherlich noch bis in das nächste Jahrtausend hineinreichen wird - in einem neuen Bild erscheinen. Die "Normalität" scheint auch im Hinblick auf die gesamte Lebenssituation der dort lebenden Menschen auf einmal erreichbar.

Am Augenscheinlichsten wird diese Entwicklung derzeit wohl in den Diskussionen um die Perspektiven der Spiel- und Lernstuben in Sozialen Brennpunkten. Die Tendenz hierbei ist eindeutig: Weg von der seitherigen "Schmuddelstube" ausschließlich für die Brennpunkt-kinder, hin zur qualitativ und personell gut ausgestatteten Kinderbetreuungseinrichtung, die auch die im Umfeld wohnenden Kinder in ihre Angebotsstruktur miteinbezieht. Seitens der BewohnerInnen-schaft finden diese Veränderungen ihren Ausdruck u.a. in einer verstärkten Mitarbeit in offiziellen Gremien (z.B. im Elternbeirat im Kindergarten) oder ganz allgemein in einem gewachsenen Selbstbewußtsein gegenüber ihrer Umwelt.

Andererseits ist Armut in der Bundesrepublik schon längst nicht mehr streng lokal eingrenzbar, schon gar nicht läßt sie sich länger hinter Kläranlagen oder in Gleisdreiecken verstecken wie noch in den 50er und 60er Jahren. Armut gehört vielmehr immer mehr zum täglichen Erscheinungsbild in unseren Städten. Mit rund 10% bezifferte die LAG im Herbst letzten Jahres den Anteil der Armutsbevölkerung in Hessen.

Neben der offensichtlich ins Auge springenden Armut, etwa den um

Pfennige auf der Straße bettelnden Wohnungslosen oder Straßenzügen im Stadtteil, die zu Slums amerikanischen Vorbilds zu werden drohen, gibt es aber auch die Armut, die versteckt und hinter Wohnungstüren Einzug in das Leben der BundesbürgerInnen gefunden hat. Da gibt es beispielsweise die alleinstehende Rentnerin, deren Rente unterhalb des Sozialhilfeniveaus liegt, die sich aber aus Furcht, ihre Enkel könnten zu Unterhaltszahlungen herangezogen werden, nicht auf das Sozialamt traut oder den arbeitslosen Familienvater, der jeden Morgen pünktlich die Wohnung verläßt und erst gegen Abend wieder zurückkehrt, so als sei nichts geschehen. In Wirklichkeit reißen jedoch die früher eingegangenen Ratenzahlungen, die mit dem Geld aus den Überstunden noch problemlos zu zahlen waren, immer größere Löcher in die Haushaltskasse der Familie.

Armut existiert aber nicht nur in den Ballungsgebieten der Großstädte, sie ist vielmehr auch in ländlichen Regionen anzutreffen. In nahezu jeder größeren Gemeinde steht irgendwo am Rande ein Gebäudekomplex, der zur Unterbringung von obdachlos gewordenen Menschen dient. Vielfach ist die Wohnsituation dort heute immer noch die gleiche als sie zu Beginn der

Gemeinwesenarbeit in den großen Obdachlosenghettos vor mehr als 20 Jahren anzutreffen war. Die Entwicklung in den städtischen Brennpunkten scheint im ländlichen Raum, auch aus Gründen der fehlenden Übertragbarkeit, nahezu spurlos vorübergegangen zu sein.

In dieser Zeit der sich verändernden Grundlagen für die Gemeinwesenarbeit in den Sozialen Brennpunkten fällt nun die Diskussion um den "Obdachlosen-Erlaß" des Hessischen Sozialministers. Die Empfehlungen "Hilfe für Obdachlose; Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen" wurden 1973 vom damaligen Sozialminister Dr. Schmidt in die Debatte im Hessischen Landtag eingebracht und dort von allen Fraktionen einstimmig verabschiedet; 1983 wurde ihnen auf dem Erlaßweg für weitere 10 Jahre landesweite Gültigkeit verliehen. Ihre grundlegende Überarbeitung muß nunmehr unmittelbar in Angriff genommen werden, will man nicht später in große Zeitnöte kommen und unter Umständen gar die Finanzierung der Arbeit in den Sozialen Brennpunkten in Frage stellen.

Die LAG als landesweiter Zusammenschluß von BewohnerInneninitiativen und Gemeinwesenarbeitsprojek-

ten in Sozialen Brennpunkten hat den Einstieg in diese Debatte mit der Tagung "Grundsätze zur Verbesserung der Lage Obdachloser in Hessen" am 8./9. März 1991 in Frankfurt bereits auf breiter Ebene vollzogen. Am Tisch saßen, neben den zahlreich erschienenen MitarbeiterInnen aus den örtlichen Projekten, alle in der Brennpunktarbeit beteiligten Finanziere auf Landesebene: Das Hessische Sozialministerium vertreten durch Herrn Dr. Schäfer, das Landesjugendamt Hessen in Person von Frau Tischer-Bücking sowie Barbara Böcher und der Landeswohlfahrtsverband Hessen mit Herrn Doenst und Herrn Stolze. Darüber hinaus stellten Franz Koch und Norbert "Gaga" Preußner ihre Sicht der Dinge aus dem Blickwinkel eines außer-hessischen Wohlfahrtsverbandes bzw. eines städtischen Bediensteten zur Diskussion.

Im Einstiegsreferat zur Tagung würdigte Hartmut Fritz für die LAG den "Obdachlosen-Erlaß" des Hessischen Sozialministers nochmals als richtungsweisend und einzigartig in der Bundesrepublik. Mit ihm wurde konsequent der Schritt weg von der Bestrafungsideologie, weg vom Prinzip des Selbstverschuldens vollzogen, die Anwendung des Sozialrechtes eindeutig über die des



*Typische Laubenganghausfassade vor der Sanierung
(Foto: "Die Stube", Idstein)*



*Die gleichen Häuser im Sanierungsprozeß
(Foto: Stadt Langen)*

Ordnungsrechtes gestellt, vielfältige Hilfsangebote für die in den Obdachlosensiedlungen lebenden Menschen aufgebaut, anstatt weitere Bestrafungsmechanismen zu installieren und - dies ist vielleicht das Entscheidende - mit allem Nachdruck auf die Betroffenenbeteiligung bei der Lösung der anstehenden Probleme gesetzt. Als Beispiele für die notwendige Weiterentwicklung des Erlasses führte Hartmut Fritz die bislang nicht berücksichtigte Schuldnerberatung als neues Aufgabenfeld der Sozialarbeit, die vielerorts inner- und außerhalb der Siedlungen entstandenen Arbeitsprojekte, die stadtübergreifend wirkenden Sozialhilfegruppen, die Erfolge bei der Sanierung/Modernisierung, aber auch die sich allerorts zuspitzende Situation in den "neuen" Sozialen Brennpunkten (z.B. Neubausiedlungen des Sozialen Wohnungsbaus) an.

Die eingangs dargelegte Situationsbeschreibung der heutigen Armutsproblematik werfe zudem die Frage auf, ob die bislang von der LAG und von den örtlichen Projekten betriebene, eindeutig quartiersbezogene Armutsbekämpfung sich nicht langfristig umwandeln müsse hin zu einer Strategie, die

Armut eher als Lebenslage gesamtgesellschaftlich - nicht ausschließlich territorial - ausgegrenzter Personengruppen begreift. Gemeinwesenarbeit als in den Sozialen Brennpunkten bewährtes Instrumentarium zur gemeinsamen Problemlösung mit den betroffenen Menschen müsse daher auch in andere sozialarbeiterische Handlungsfelder verstärkt Eingang finden. Zu überprüfen sei dabei jedoch auch, ob das seitherige Finanzierungsinstrument der Arbeit, § 72 des Bundessozialhilfegesetz - ("Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten"), für die neue Aufgabenstellung noch ein taugliches sei.

Diesem vom 1. Vorsitzenden der LAG gegebenen Problemaufriß konnten sich alle nachfolgenden ReferentInnen im Großen und Ganzen anschließen, sie warnten jedoch auch alle einvernehmlich davor, das bislang in der Arbeit in Sozialen Brennpunkten Erreichte nicht durch eine allzu großzügig gefaßte, zukünftige Problemdefinition in Gefahr zu bringen. Insbesondere Dr. Schäfer verwies in seinem Beitrag immer wieder auf den allgemeinen Finanzierungsgrundsatz administrativen Handelns: "Sondermittel nur

für "Sonderprobleme" und warnte nochmals nachdrücklich davor, alte Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit der Finanzierung der Brennpunktarbeit aufzugeben, ohne bereits neue fest in den Köpfen der Geldgeber und der PolitikerInnen etabliert zu haben. Gleichzeitig forderte er die LAG und die in ihr mitarbeitenden Projekte aber auch auf, ihrer Vordenkerrolle im Sinne einer neuerarbeiteten Verbandspolitik gerecht zu werden, "denn ohne LAG gäbe es keine wirksame Obdachlosenpolitik in Hessen".

Während die VertreterInnen vom Landesjugendamt und vom Landeswohlfahrtsverband in ihren Referaten ausführlich auf die veränderten Rahmenbedingungen der Arbeit durch das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) eingingen und die LAG zur konstruktiven Mitarbeit an der Erarbeitung eines Hessischen Ausführungsgesetzes hierzu aufforderten, betrachtete Franz Koch den hessischen "Obdachlosen-Erlaß" eher unter einer landesweiten wohnungspolitischen/-sichernden bzw. Obdachlosigkeit vermeidenden Sichtweise. Norbert Preußner war es schließlich vorbehalten, ausgehend von der Beschreibung der Entwicklung im Wiesbadener Mühlthal (vom Gebiet der "sozialen Entsorgung" zum ganz normalen Stadtteil), den Erlaß von der landespolitischen Vorgabe auf die kommunalpolitische Handlungsebene her-

unterzuholen. Mit allem Nachdruck warnte Norbert Preußner dabei vor der sozialarbeiterischen Handelns stets innewohnenden Tendenz der "Pädagogisierung der Armutsbevölkerung", womit lediglich die Symptome anstatt die Ursachen angegangen würden.

Die Tagung "Grundsätze zur Verbesserung der Lage Obdachloser in Hessen" war ein gelungener Einstieg in die anstehende Debatte zu den Perspektiven der Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten. Fortgeführt werden soll die Diskussion zunächst im Rahmen der zentralen Bewohnertagung und der daran anschließenden Mitgliederversammlung der LAG Anfang Mai in Oberreifenberg. Gelegenheit die hessischen Erfahrungen mit denen in anderen Bundesländern zu vergleichen, ist dann spätestens auf der Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte vom 18. - 20. Oktober 1991 (zusammen mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain) gegeben.

Die jüngsten Koalitionsvereinbarungen von SPD und GRÜNEN zur hessischen Landespolitik weisen deutlich auf günstigere landespolitische Vorgaben hin, in deren Rahmen wir die Diskussion zu führen haben. Diese Chance sollten wir uns auf keinen Fall entgehen lassen.

Lothar Stock

WIR TRAUERN UM GEORG KRAFT

Es gibt Zeiten, in denen das Abschiednehmen, das Abschiednehmen von guten Freunden, einem fast tagtäglich widerfährt. Heute trauern wir um Georg Kraft, der am frühen Morgen des 19. März nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 64 Jahren starb.

Georg Kraft war einer der ersten und bis zu seiner schweren Krankheit sicherlich auch einer der aktivsten Mitstreiter in der LAG. Lange Jahre gehörte er als Regionalsprecher der Region Süd dem Vorstand der LAG an. Während dieser Zeit gab es kaum ein Treffen, an dem er uns mit seinem Rat und seiner Lebenserfahrung nicht zur Seite stand.

An seinem Wohnort in Dietzenbach wurde Georg Kraft, trotz einiger persönlicher wie gesundheitlicher Rückschläge, nie müde, sich für die Interessen benachteiligter Menschen einzusetzen, sei es im Rahmen von persönlicher Hilfe für Einzelne oder beim Aufbau von Interessenvertretungen von Betroffenen gewesen. Sein Engagement reichte darüber hinaus in den Landkreis Offenbach und sogar tief bis in den Odenwaldkreis hinein. Auf den Tagungen der LAG gehörte er immer zu denjenigen, die selbst am frühen Morgen noch nicht mit dem diskutieren aufhören mochten.

Wir werden Georg Kraft immer in unseren Gedanken behalten.

GOLF-KRIEG - WAS GEHT UNS DAS AN ?

Der Golf-Krieg ist vorbei. Zum Glück! Nicht vorbei, sondern geblieben ist die Trauer um die vielen Menschenleben, die der Krieg gekostet, die Sorge um die Umweltzerstörungen, die der Krieg angerichtet hat. Geblieben sind auch die Zweifel, ob denn die Menschen jemals in der Lage sein werden, in Frieden miteinander zu leben. (Zurück-)geblieben sind Witwen, Waisen, Männer ohne ihre Frauen, Eltern ohne ihre Kinder, Großeltern ohne ihre Enkel, Kinder ohne ihre Großeltern, zerstörte Häuser und Städte, Hunger, Elend, Leid und Not.

Der Golf-Krieg ging und geht uns alle an. Er fand nicht nur weit weg in irgendeiner Wüste statt, nein auch in unseren Straßen und auch in unserem Wohnzimmer! Der Golf-Krieg fand ebenso in den Sozialen Brennpunkten und in unserer Arbeit mit den Menschen dort statt.

Friedensaktionen in Arheilgen

"Mama, wo gehen wir hin, wenn der Krieg hierher kommt, wir haben doch gar keinen Keller?" - "Papa, jetzt wählste aber, daß es keinen Krieg gibt!" Über derartige Fragen und Ängste ihrer Kinder berichteten deutsche und ausländische Eltern aus dem Wohngebiet Rodgaustraße/Messeler Straße in Darmstadt-Arheilgen beim Friedensgespräch in der "Alt Lernstüb" kurz nach dem Kriegsausbruch am Golf. Türkische sowie kurdische Mütter und Väter, die zum Teil selbst schon als Kinder den Krieg erlebt hatten, berichteten dabei über die Schwierigkeiten, die ganze Situation ihren Kindern zu erklären. Eingeladen zu dem Gespräch hatte die Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit des Diakonischen Werkes und des Caritasverbandes Darmstadt.

Obwohl Betroffenheit und Hilflosigkeit bei diesem ersten Treffen vorherrschten, bestand bei allen TeilnehmerInnen der Wunsch, das Gespräch an einem anderen Termin fortzusetzen und weiter aktiv zu werden, um dem Krieg nicht länger tatenlos zusehen zu müssen. Sichtbares Ergebnis war dann schließlich eine Friedensaktion von etwa 60 Personen im Zentrum von Arheilgen am 8. Februar. Trotz Schnee und Kälte brachten die Teilnehmer-

Innen in den Abendstunden damit ihren Wunsch nach Beendigung des Golf-Krieges öffentlich zum Ausdruck und gedachten in einer Schweigeminute den unzähligen Opfern dieses sinnlosen Blutvergießens. Als äußere Zeichen ihrer Trauer hatten viele der deutschen und ausländischen TeilnehmerInnen (darunter auch viele Kinder) Grablichter und Kerzen mitgebracht.



Friedensaktion in Arheilgen
(Foto: AG GWA Rodgaustraße)

MitarbeiterInnen der LAG nehmen zum Golf-Krieg Stellung

"Waffenstillstand und Verhandlungen im Golf-Krieg - sofort!", forderten die MitarbeiterInnen der LAG-Geschäftsstelle in einer gemeinsamen Stellungnahme am 15. Februar. Insbesondere wurde dabei auf den unmittelbaren Zusammenhang von Kriegsausgaben und fehlenden Geldern für soziale Belange hingewiesen: "Die für Bomben und Zerstörung mißbrauchten Milliarden an Steuergeldern werden gerade dort fehlen, wo Geld schon immer knapp war: Bei der Beseitigung von Hunger, Elend, Armut und Obdachlosigkeit, in der gesamten Welt und

auch bei uns. In den USA hat Präsident Bush schon jetzt die Kürzung der Sozialausgaben um 75 Milliarden (75.000.000.000) Dollar angekündigt. Dies, obwohl der 'Sozialbereich' in den USA schon jetzt mehr als 40 Millionen Menschen in absoluter Armut leben läßt! ... Auch in Deutschland fehlt es an Geld - nicht nur in den neuen Bundesländern -, um Wohnungsnot, Armut und Elend zu verhindern! Für soziale Zwecke ist Geld nie dagewesen, für den Krieg wird es von heute auf morgen aus dem Ärmel geschüttelt - irgendwas stimmt da nicht, meinen wir!"

Lothar Stock



(Fotos: AG GWA Rodgaustraße/
Spiel- und Lernstube
Unterliederbach)

**IM WORTLAUT: SOZIALHILFEVEREIN RAUNHEIM AM MAIN E.V. -
VORSTANDSBERICHT ZUR JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 1990**

Zur Zeit vertritt der Sozialhilfeverein Raunheim e.V. 12 Familien aus allen Stadtteilen Raunheims mit 17 stimmberechtigten Personen. Aber auch Betroffene aus der Umgebung von Raunheim zählen zur Mitgliedschaft. Trotzdem die Arbeit nur vom ersten und der zweiten Vorsitzenden getragen wurde, ist vieles auch in diesem Jahr geleistet worden.

So ist der Sozialhilfeverein Raunheim mit ein treibender Faktor auf den Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen, wenn es darum geht, eine Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeberechtigten zu gründen. Einer der notwendigen Satzungsentwürfe kommt aus Raunheim. Zweimal waren wir auf diesen Bundestreffen und haben dort bereits zu einer separaten Betroffenenkonferenz eingeladen, um dem Ziel schneller ein Stück näher zu kommen.

Trotzdem ist für uns die Einbindung in die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. wichtig und sinnvoll und so besuchten wir zehnmal auf Landesebene Veranstaltungen und Tagungen, desweiteren waren wir zweimal selbst der Gastgeber für die AG Sozialhilfe.

Für das Amtsgericht Rüsselsheim betreuen wir auch in diesem Jahr zwei Pflegschaften und nahmen hierfür insgesamt 23 Termine wahr. Für beide Pflegschaften wurde uns a) von den Betroffenen selbst und b) vom Amtsgericht die Pflegschaftsführung als ordnungsgemäß bescheinigt.

Etwas eingeschränkt haben wir die Beratungstermine, weil lediglich durch den Vorsitzenden Bernhard Horch in letzter Zeit die Beratung angeboten werden konnte und dieser zur Zeit eine Ausbildung bewältigt. Es kam aber immerhin zu 15 Beratungsterminen plus drei Sonderberatungen im Juni wegen des Statistikmodells und sieben Unterstützungsbesuchen auf den Ämtern und Behörden. Diesen 25 Terminen sind noch ca. 50 telefonische Beratungen hinzuzurechnen.

Es fanden zwei Vorstandssitzungen statt, wobei einerseits die Einstellung des NOTGROSCHEN beschlossen, andererseits die Lage nach der Einführung des Statistikmodells erörtert wurde. Zwei Versammlungen des Vereinsrings Raunheim, in dem wir Mitglied sind, mußten ebenfalls besucht werden.

Nach wie vor werden wir von unseren Kolleginnen und Kollegen gelobt für eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu gehören die Presseberichte zum Thema Statistikmodell genauso wie zu den geplanten Einfachstwohnungen für Asylanten und Aussiedler in Raunheim. Aber auch überregionale Pressekonferenzen und Rundfunkinterviews wurden mit Vertretern aus Raunheim bestückt.

Zusammenfassend muß berichtet werden, daß der Sozialhilfeverein Raunheim e.V. nach wie vor aktiv ist und mit Leben erfüllt wurde, wenn auch die zeitliche Verfügung der ehrenamtlichen Helfer und Vorstandsmitglieder begrenzt ist. Am deutlichsten wurde dies auch wieder auf der diesjährigen Weihnachtsfeier, die ein schöner Erfolg war.

Auch in diesem Jahr statten wir der Stadtverwaltung Raunheim Dank ab, daß wir die Räume kostenfrei nutzen durften und für die erstmals geleistete Unterstützung im Rahmen der Vereinsförderung in Höhe von 200 DM.

**MEHR FARBE IN DIE SIEDLUNG -
KÜNSTLERWETTBEWERB ZUR WOHNUMFELDGESTALTUNG IM ESCHIG**

Im Eschig in Offenbach hat sich in den letzten Jahren allerhand getan. Wohnungen sind saniert worden, ein Kleingarten wurde in Eigeninitiative angelegt, die BewohnerInnen sind in vielfältiger Weise aktiv. Doch immer noch sind viele Häuser grau, Wände trist, Balkone farblos. Hier soll sich jetzt etwas tun.

Gemeinsam haben BewohnerInnenversammlung, Vertreter des Jugendamts und die Offenbacher Künstlergruppe art-Off-meeting einen Wettbewerb ausgeschrieben, um mehr Farbe in die Siedlung zu bringen. Bis jetzt haben sich 150 Künstler gemeldet, die mit ihren Entwürfen zur Verschönerung von Balkons, Eingangsbereichen und Brandmauern beitragen wollen. 30 Einzelobjekte sind zu gestalten, für die eine Jury, in der auch die BewohnerInnen vertreten sind, die ansprechendsten Entwürfe auswählt. Diese sollen dann in den Sommerferien in die Tat umgesetzt werden. Den Künstlern wurde die Auflage gemacht, die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils dabei in die Gestaltung mit einzubeziehen.



Spielen vor Graffiti's

40.000 DM soll das Projekt kosten, darin sind neben Materialien, Unterkunft und Verpflegung für die Künstler während der Ausgestaltungsphase auch kleine Anerkennungshonorare enthalten. Im Moment suchen die Veranstalter noch Sponsoren, die das Projekt finanziell unterstützen.

Diese Aktion ist der bisherige Höhepunkt von zahlreichen BewohnerInnenaktivitäten, die im Eschig in den vergangenen Jahren zur Verschönerung der Siedlung durchgeführt wurden. Bereits 1985 haben Kinder und Betreuer damit angefangen, die Wand der Coca-Cola-Firma im Wohngebiet mit Graffiti zu schmücken. Letzten November begutachteten Kinder und Jugendliche bei einer Fahrt nach München die neuesten Trends in diesem Bereich. Daß sich die Siedlungskünstler dahinter nicht zu verstecken brauchen, läßt sich an den mittlerweile zahlreichen Objekten in, an und um das Jugendzentrum feststellen. Übrigens, im Eschig kann jeder sprühen, allerdings wird um vorherige Absprache gebeten.

Doch nicht nur durch Farbe und Pinsel soll der Eschig bunter werden. Kinder aus dem Stadtteil machten sich mit dem Fotoapparat auf die Suche nach schön begrünten Häusern in Offenbach. Die Erwachsenen selbst haben sich im letzten Jahr in Wien das Hundertwasser-Haus angeschaut und sich dort viele Anregungen mitgenommen. Die Fotos und Ideen wurden in der BewohnerInnenversammlung ausgewertet und ein Bewohner erstellte ein Konzept zur Begrünung des Eschig. Die Gemeinnützige Baugesellschaft stellt Grund und Pflanzen kostenlos zur Verfügung. Im Frühjahr soll's losgehen.

Auskünfte zu dem Künstlerwettbewerb sind zu erhalten beim Jugendamt der Stadt Offenbach unter den Telefonnummern 069/80 651 2057 bzw. 2649 oder bei Erna Aust, Tel. 069/86 24 21 (zw. 14 und 16 Uhr).



*Begrünung im Lutherpark in Offenbach
(Fotos: Spiel- und Lernstube Eschig)*

LOBI - VEREIN ZUR BERUFLICHEN FÖRDERUNG VON FRAUEN

Auch in den Brennpunkten Marburgs sind Frauen angetreten, ihre Lebensplanung und finanzielle Absicherung selbst in die Hand zu nehmen. Die Schwierigkeiten dabei kennt jede Frau selbst: Wie organisiere ich die Beaufsichtigung der Kinder? Reicht der Lohn auch, um wirklich unabhängig von Sozialhilfe zu leben? Kann ich mir eine Arbeit außerhalb des Hauses überhaupt zutrauen? Ganz zu schweigen von der Frage: Bin ich eine "Rabenmutter", wenn ich arbeiten gehe? (Wer redet schon von "Rabenvätern"?)

Am 20.09.1990 hat sich nun in Marburg der Verein LOBI gegründet. Der Verein entstand aus einer Arbeitsgruppe von Sozialarbeiterinnen aus allen Marburger Gemeinwesenarbeitsprojekten.

Was verbirgt sich hinter dem Namen LOBI?

Die Abkürzung steht für **LO**kale **B**eschäftigungs**I**nitiative.

Außerdem kennt jede bei uns die Bedeutung von Lobi = Geld, und mit Geld hat unser Vorhaben auch einiges zu tun.

Was will LOBI?

LOBI verfolgt die Absicht, in Marburg ein Beschäftigungsprojekt für Frauen einzurichten. Es sollen Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für die Frauen geschaffen werden, die von Sozialhilfe leben und aufgrund fehlender beruflicher Qualifikation keine Chance haben, einen Arbeitsplatz zu finden.



An Ideen für ein Beschäftigungsprojekt mangelt es nicht: Freizeitpark, Großküche, Schnellimbiss, Spielzeugrecycling, Umweltkisten, Geschirrmobil, Frauennachttaxi. Nur mit der Finanzierbarkeit sieht es wie so oft noch nicht so gut aus. Immerhin haben wir eine Projektleiterin, die alle Ideen auswertet und schon mit der konkreten Planung begonnen hat.

Am 16. April wird eine Veranstaltung für alle interessierten Frauen stattfinden, wo wir konkrete erste Maßnahmen darstellen. Bis dahin haben wir hoffentlich auch geeignete Räume und finanzielle Zusagen, so daß auch bald Frauen mit der Arbeit beginnen können.

Kontaktadresse: Silke Lorch-Göllner
Alte Kasseler Str. 43
3550 Marburg
Tel.: 06421/68 11 81

FRAUENBESCHÄFTIGUNGSPROJEKTE - WAS TUT NOT ?

Am 7. Februar trafen sich in Marburg Mitarbeiterinnen aus Frauenbeschäftigungsprojekten, um Erfahrungen auszutauschen und zu überlegen, wie die Interessen von Frauen im Bereich Beschäftigung in den zukünftigen Landesprogrammen konkret umzusetzen wären. Mit dabei waren in der LAG altbekannte Projekte wie das ZAUG in Gießen, die Nähwerkstatt in Darmstadt und das Hauswirtschaftsprojekt im Mühlthal in Wiesbaden. Es kamen aber auch neue Gesichter, Frauen von der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung, Ausbildungs- und Beschäftigungsinitiativen (GWAB) in Wetzlar und von der Volkshochschule Rheingau-Taunus-Kreis. Die GWAB betreibt als reines Frauenprojekt eine Öko-Waschküche, weitere Frauen sind im Recycling-Bereich im Verkauf beschäftigt. Ein Ausbildungsprojekt gibt es für Schneiderinnen. Die VHS Rheingau-Taunus bildet Hauswirtschaftlerinnen aus. Dabei waren auch Frauen von der "Lokalen Beschäftigungsinitiative für Frauen" (LOBI) in Marburg (siehe dazu auch S.12 dieser Ausgabe) und von einer wichtigen örtlichen Vernetzungsstelle, dem Mädchen- und Frauenverbund in Gießen.

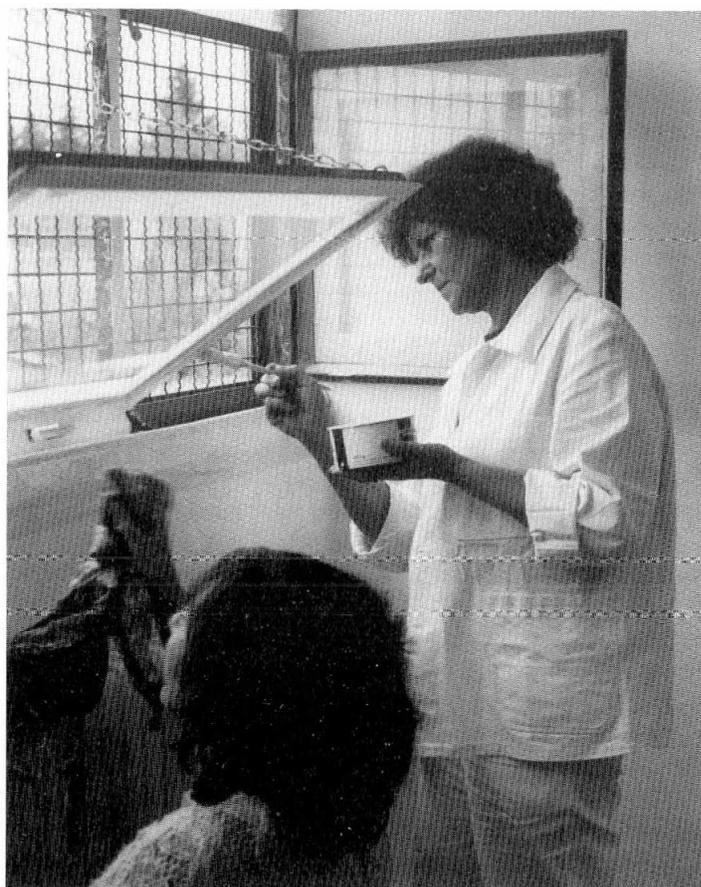
Ein Thema bei der Umsetzung der Fraueninteressen war die Quotierung: die Hälfte der Stellen bei den verschiedenen Ausbildungs- und Beschäftigungsprogrammen des Landes soll Frauen zugute kommen. Die Frage war, auf welcher Ebene die Erreichung der Quote gemessen werden soll. Soll jedes Projekt zur Hälfte Frauen beschäftigen, um Landeszuschüsse zu bekommen, oder sollen bei der Berechnung auf Landesebene die Frauen zur Hälfte vertreten sein? Nach Meinung der anwesenden Frauen sollte die Quote für das Gebiet des Sozialhilfeträgers gelten und zum Erreichen der Quote dann Frauenprojekte bevorzugt gefördert werden,

damit auch in Kreisen, in denen die Frauen bisher unterrepräsentiert in Projekten beschäftigt sind, sie endlich zum Zuge kommen können.

Wichtig war den Teilnehmerinnen auch, daß Frauen den gleichen Lohn wie Männer erhalten, daß sie weiterhin Bildungsbeihilfe beziehen können und daß Frauenmodellprojekte gefördert werden können, um neue Wege auszuprobieren und den Start von Frauenprojekten zu erleichtern.

Die Mitarbeiterinnen der Frauenbeschäftigungsprojekte wollen sich auch in Zukunft gemeinsam treffen. Unter dem Namen "Arbeitsgruppe Frauen und Arbeit" ist ein Termin für den 22. August geplant.

Christina Hey



Frauen in der Bau/Renovierungsgruppe der GOAB in Offenbach
(Foto:GOAB)

**TAGUNG DER SPIEL- UND LERNSTUBEN IN WIESBADEN -
KOOPERATIONSTAGUNG DES LANDESJUGENDAMTES HESSEN UND DER LAG
HESSEN**

Vom 28. Januar bis zum 1. Februar 1991 fand in Wiesbaden die diesjährige Arbeitstagung zum Thema "Weiterentwicklung bestehender Kinderbetreuungskonzepte in Sozialen Brennpunkten" statt, veranstaltet von Barbara Böcher/LJA und Reinhard Thies/LAG. Am Thema kann es nicht gelegen haben, daß sich im Vergleich zum Andrang im letzten Jahr "nur" 24 Mitarbeiterinnen aus Spiel- und Lernstuben einfanden, oder? Bleibt die Vermutung, daß die (personelle) Situation vor Ort vielfach eine Teilnahme Interessierter verhinderte?! Schade - aber für die Arbeitsfähigkeit war es so günstiger!! Wie wichtig fachlicher Austausch auf breiter Ebene, das gemeinsame Durchdenken neuer Konzepte bzw. Entwicklungstendenzen und das "über-den-eigenen-Tellerrand-blicken" ist, wurde wohl nicht nur im Verlauf der Woche deutlich! Nebenbei war auch der von Barbara und Reinhard geschaffene Rahmen (z.B. ein Begrüßungsbuffet mit Musik und Kerzenlicht am ersten Abend, ein Mitmachtheater "Schreie in der Nacht" am letzten Abend...) sehr schön, so daß wir viel Spaß hatten.

Die Projektvorstellung mit Wandzeitung, Photos und vielen Informationen war eine lebhaftere Form des Sichkennenslernens, die mir gut gefiel, wenn sie auch unser knappes Zeitbudget schwer belastete, da wir oft in Diskussionen hineinrutschten. Die anschließende kurze Bestandsaufnahme der GWA in Sozialen Brennpunkten endete mit folgender Fragestellung, die uns die ganze Woche begleiten sollte: Wie haben sich Kinderbetreuungskonzepte in Einrichtungen in Sozialen Brennpunkten weiterentwickelt, bzw. in welcher Form müssen sie entwickelt werden, um auch heute in den sich ändernden bzw. bereits veränderten Sozialen Brennpunkten adäquates Angebot zu sein, ohne Aussonderungstendenzen zu stabilisieren?

Interessante Referate und Berichte lieferten viele Informationen und Anregungen sowohl für die Diskussion in den Arbeitsgruppen als auch fürs eigene Nachdenken.



(Foto:Die Stube/Idstein)

Das Referat der DJI-Referentin Rita Haberkorn (die dankenswerter Weise in Vertretung für ihren erkrankten Kollegen Ulli Hagemann gekommen war) und der Beitrag von Herbert Vogt aus Hanau über Kinderbetreuungsmodelle (wicht. Stichworte waren hier: "erweiterte Altersmischung", "Integration", "Kooperation", "Konzentration", "Differenzierung"...) wurden von uns in Bezug auf Übertragbarkeit auf unsere Einrichtungen in Sozialen Brennpunkten diskutiert. (Dabei stellten wir u.a. fest, daß vieles was im Bereich Regeleinrichtung noch modellhaft bzw. wünschenswert ist, in Spiel- und Lernstuben bereits praktiziert wird, oft jedoch zur Überforderung der MitarbeiterInnen führt, da die personelle Situation oft problematisch ist.



(Foto: Die Stube/Idstein)

Interessant waren auch die Berichte "Projeke im Aufbruch" von Gießen, Idstein, Ffm.-Unterliederbach, wobei uns durch den Architekt Claus Centner (der am Idsteiner Projekt mitarbeitet) anhand konkret vorliegender Baupläne die Möglichkeiten und Probleme von Raumkonzepten deutlich gemacht wurden. Die Arbeitsgruppen, die zunächst unter dem Begriff "Bestandsaufnahme", später unter dem Motto "Forderungskatalog für die hess. Ausführungsgesetze" in die Diskussion eintraten, thematisierten folgende Punkte:

- heutige Förderungsrichtlinien, die Differenzierung im Spiel- und Lernstufen-Bereich ermöglichen, verhindern oft Integration
- angestrebte, z.T. realisierte Arbeitsziele sind "Integration, Kooperation, Konzentration, Differenz"
- bessere Zusammenarbeit von Spiel- und Lernstuben mit Regeleinrichtungen ist notwendig
- bessere Ausstattung (personell, räumlich, in Bezug auf Gruppengröße, MitarbeiterInnen-Qualität) würde Regeleinrichtungen eher ermöglichen, auch "Kinder mit besonderen Bedürfnissen" zu fördern: wahre Integration
- Beteiligung von Eltern u. TrägervertreterInnen bei Bedarfsanalysen, Jugendhilfeplanung
- Vorrangigkeit der flächendeckenden Versorgung mit sog. Einrichtungen in Wohngebieten mit besonderen Bedürfnissen.

Die Schwierigkeiten der Durchsetzung von Forderung konnten wir am letzten Tag in spielerischer Form bei unserem "Termin beim Sozialministerium" hautnah erleben.

Im Abschlußplenum waren wir uns alle einig, die Diskussion muß weitergehen und gerade jetzt sind wir alle gefordert uns in die Verhandlungen der "Hess. Ausführungsgesetze" aktiv einzumischen, am Ball zu bleiben.

Gaby Fischer, Spiel- und Lernstube Hausen/Frankfurt

BUNDEARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALHILFEINITIATIVEN

GEGRÜNDET - GABY BERNDT AUS OFFENBACH WURDE 2.VORSITZENDE

Die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI) war das herausragende Ergebnis auf dem Bundestreffen der Sozialhilfegruppen vom 15. - 17. Februar 1991 in Braunschweig. Trotz Eis, Schnee und chaotischen Straßenverhältnissen - mehr als 12 Stunden brauchte ein Teil der hessischen TeilnehmerInnen für die Strecke Frankfurt-Braunschweig - nahmen etwa 80 Erwachsene und weit mehr als 20 Kinder an dem Bundestreffen teil.

Mit der Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft wurde der in den letzten Jahren wieder mit Nachdruck geführte Diskussionsprozeß um eine festere organisatorische Form der Zusammenarbeit der Sozialhilfeinitiativen auf Bundesebene zum Abschluß gebracht. Derartige Versuche gab es ja bereits seit Anfang der 80er Jahre, damals im wesentlichen vom Offenbacher Sozialhilfeverein mitgetragen. Sitz des Vereins ist Frankfurt, wo er auch ins Vereinsregister eingetragen werden soll.

Dem vierköpfigen Vorstand des neuen Verbandes gehören ausschließlich Frauen an, was nichts anderes widerspiegelt als die Tatsache, daß in diesem Land die Armut nach wie vor zum großen Teil weiblich ist. Aber Frauen sind nicht nur zahlenmäßig mit einem größeren Anteil als Männer unter den Sozialhilfeberechtigten anzutreffen, sie sind es auch, die in den allermeisten Fällen die Dinge auf dem Sozialamt regeln. Ist es dann noch ein Wunder, wenn Frauen die große Mehrzahl der in Sozialhilfegruppen engagierten Sozialhilfeberechtigten stellen? Der Frauenvorstand auf Bundesebene ist folglich lediglich die Fortsetzung der Situation vor Ort. Und das ist gut so!

Die Interessen der hessischen Sozialhilfeinitiativen werden in der Bundesarbeitsgemeinschaft von Gaby Berndt vom Offenbacher Sozialhilfeverein als 2.Vorsitzende vertre-

ten (siehe Interview auf S. 17). Weitere Vorstandsmitglieder sind Erika Biehn von der Sozialhilfegruppe Lippstadt (1.Vorsitzende), Heidrun Falk von der Interessengruppe Sozialhilfe der ASH Stuttgart (Kassenwartin) sowie Sonja Viehweg vom Verband alleinerziehender Mütter und Väter in Bremen (Schriftführerin). Bis auf eine Ausnahme sind alle vier Frauen sozialhilfeberechtigt, wissen also wovon sie sprechen. Auch eine möglichst bundesweite Streuung ist mit dieser Zusammensetzung des neuen Vorstands gegeben. Bleibt nur noch, den Frauen viel Erfolg und Durchhaltevermögen bei ihrer sicherlich nicht leichten Arbeit des Vereinsaufbaus zu wünschen.

Wenn auch die Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen eindeutig die Diskussion auf dem Bundestreffen in Braunschweig dominierte, so blieb doch am Samstagvormittag noch Zeit für die an sich gewohnte Arbeit in den Arbeitsgruppen. Im Einzelnen wurden hierbei folgende Themen aufgegriffen: Bielefelder Forderungen/Perspektiven einer Grundsicherung, Rechtsberatung/Beratungssituation in den Initiativen, Pfändungsfreigrenzen, Statistikmodell, einmalige Beihilfen, Armut in den neuen Bundesländern, Armut im Alter, Wohnen mit Sozialhilfe, Frauen und Sozialhilfe. Die beiden auf dem Bundestreffen verabschiedeten Resolutionen sind nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben.

Lothar Stock

IM WORTLAUT:**Pfändungsfreigrenzen**

1. Die Pfändungsfreigrenzen müssen umgehend angehoben werden.
2. Entscheidende Beurteilungskriterien müssen die Bedarfssätze in der Sozialhilfe sein, einschließlich
 - eines Mehrbedarfs in Höhe von 50% des Regelsatzes für Erwerbstätige,
 - einer Pauschale in Höhe von 25% des Regelsatzes für einmalige Beihilfen.Zusätzlich ist die Steigerungsrate der Lebenshaltungskosten für die nächsten sechs Jahre hinzuzurechnen, da eine Neufestsetzung der Freigrenzen nicht jährlich, sondern nur alle sechs Jahre erfolgt.
3. Die Möglichkeit einer individuellen Erhöhung der Pfändungsfreigrenzen muß erhalten bleiben. Die Freigrenzen selbst sind jedoch so zu bemessen, daß die individuelle Berechnung zur Ausnahme wird.
4. Diese Regelungen müssen auch für Lohn- und Gehaltsabretungen gelten.

Gesetzwidrige Kürzungspraktiken bei der Hilfe zum Lebensunterhalt

Die Sozialämter in Deutschland kürzen häufig die zum Lebensunterhalt notwendige Sozialhilfe. So gibt es z.B. oft Sozialhilfeformulare und Computerprogramme, die Spalten mit der Überschrift "ratenweise Einbehaltung" tragen. Ratenweise Einbehaltung von der Hilfe zum Lebensunterhalt darf es jedoch nicht geben, weil es hierfür keine Rechtsgrundlage gibt.

Ermittlungen für Nordrhein-Westfalen haben ergeben, daß es bei über 60% der Sozialhilfeträger gesetzeswidrige Einbehaltungspraktiken gibt. Alle örtlichen Sozialhilfeträger, Regierungspräsidenten und der Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen haben hiervon erfahren, haben jedoch bisher nicht die rechtswidrigen Praktiken abgestellt.

Aussagen von Betroffenen und Beratungsstellen lassen darauf schließen, daß diese rechtswidrigen Kürzungspraktiken fester Bestandteil bundesweiter Gewährungspraxis sind.

Das Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen fordert die Sozialämter und die zuständigen Rechtsaufsichtsbehörden auf, für die unverzügliche Einstellung der gesetzeswidrigen Kürzungspraktiken zu sorgen und die Sozialhilfe ungekürzt auszuzahlen.

Braunschweig, den 17.02.1991

INTERVIEW MIT GABY BERNDT, 2.VORSITZENDE DER BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALHILFEINITIATIVEN

L. Stock: Ganz herzlichen Glückwunsch, Gaby, zur Wahl zur zweiten Vorsitzenden der neugegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen. Kannst Du unseren LeserInnen ein paar Informationen darüber geben, wie es zur Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft kam?

G. Berndt: Vielen Dank für die Glückwünsche. Ich freue mich sehr über das Vertrauen, das mir die Mitglieder mit meiner Wahl entgegengebracht haben. Ich bin seit ca. drei Jahren aktiv im Sozialhilfeverein Offenbach tätig und nehme genauso lange an allen bundes- und landesweiten Veranstal-



*Gelöste Gesichter nach Gründung der Bundesarbeitsgemeinschaft
(Foto: Ettl)*

tungen teil. In dieser Zeit hat es viele, zum Teil heftige Diskussionen für und gegen die Gründung einer BAG gegeben. Streitpunkte waren auf der einen Seite die Ängste, ein paar wenige wollten "Machtpositionen", die Eigenständigkeit der Gruppen vor Ort ginge verloren. Auf der anderen Seite war aber auch klar, daß ein Zusammenschluß als Verein gegenüber der Öffentlichkeit, Politikern usw. ein ganz anderes Gewicht haben würde, die Finanzierung könnte besser geregelt werden usw.

Beim Bundestreffen im letzten Sommer in Bielefeld wurde klar, daß die meisten Betroffenen so schnell wie möglich eine BAG gründen wollten. Wir beschlossen, daß im November die Vorbereitungsgruppe zur bundesweiten Zusammenarbeit mit Betroffenen zusammen Vorschläge ausarbeiten sollte bezüglich einer Vereinssatzung, die auf dem Frühjahrstreffen 1991 eine Gründungsversammlung zur Folge haben könnten. Beim Bundestreffen in Braunschweig kam es dann wirklich zur Vereinsgründung.

L. Stock: Gaby, was sind für Dich die Ziele der Bundesarbeitsgemein-

schaft und welche vordringlichen Aufgaben hat sich der neue Vorstand gesetzt?

G. Berndt: Die Ziele der BAG sind verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Ansprechpartner für Medien, Politiker usw. zu sein, vor allem aber auch die finanzielle Seite für die künftigen Bundestreffen zu regeln. Ziele bzw. Aufgaben des Vorstandes der BAG bestehen in der Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Wir wollen die Gruppen vor Ort unterstützen, das geht aber nur, wenn diese genauso aktiv weiterarbeiten als bisher.

L. Stock: Was versprichst Du Dir durch Deine Vorstandsarbeit in der Bundesarbeitsgemeinschaft im Hinblick auf die hessischen Sozialhilfegruppen? Gibt es da bestimmte Anliegen, die Dir persönlich sehr wichtig sind?

G. Berndt: Für die hessischen Gruppen wünsche ich mir viel mehr Kraft und Mut zur Weiterarbeit, denn zur Zeit scheint dort der "große Frust" ausgebrochen zu sein. Ich hoffe, daß wir auch eine Art "moralische Unterstützung" für die Gruppen sein können, vor allem

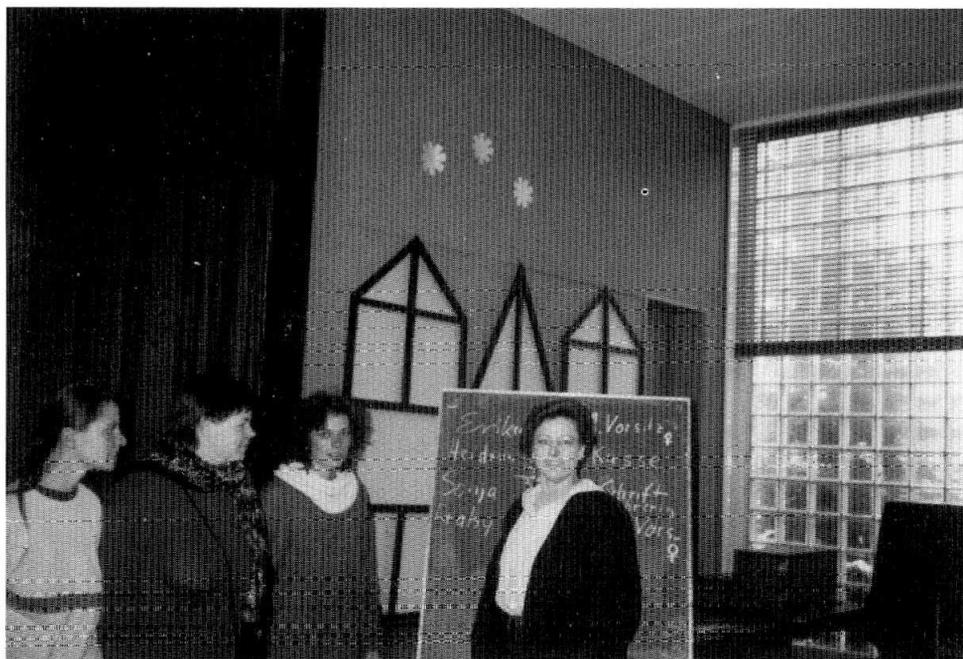
als Ansprechpartner auch akzeptiert werden.

L. Stock: Zum Schluß noch eine, vielleicht mehr persönliche Frage. Was waren denn für Dich die ausschlaggebenden Gründe für den Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft zu kandidieren? Als Vorstandsmitglied im Offenbacher Sozialhilfeverein und als aktive Mitstreiterin in der AG Sozialhilfe der LAG Soziale Brennpunkte Hessen hast Du doch sicherlich bereits alle Hände voll zu tun - neben dem täglichen Ämterclinch und Deiner Beanspruchung als Mutter dreier Kinder.

G. Berndt: Weißt Du, ich bin eine Kämpferin - geworden auch durch die Situationen, die ich erlebt habe und immer wieder erlebe. Wir dürfen aber, um etwas zu errei-

chen, auf gar keinen Fall aufgeben. Ich denke und hoffe, die BAG ist eine wirkungsvolle, weil "geballte", Möglichkeit die Öffentlichkeit über die Lebenssituation von uns Sozialhilfeberechtigten zu informieren, und so auch zu versuchen, unsere Anliegen - z.B. die Nichtanrechnung des Kindergeldes - besser durchzusetzen. Ich freue mich auf diese Arbeit, auch wenn mir bewußt ist, daß einige harte Kämpfe auf uns zukommen werden. Aber schließlich - und das war auch ein Grund für meine Kandidatur - tun wir das alles für alle Betroffenen und für unsere Kinder.

L. Stock: Vielen Dank, Gaby, für das Gespräch. Für Deine neue Vorstandstätigkeit bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen wünsche ich Dir viel Erfolg!



(Foto: Etzl)

*Der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen,
von rechts nach links: Erika Biehn (1. Vorsitzende)
Gaby Berndt (2. Vorsitzende)
Sonja Viehweg (Schriftführerin)
Heidrun Falk (Kassenwartin)*

**"FRAUEN HÜBEN - FRAUEN DRÜBEN
DEUTSCHE EINHEIT AUF DEN SCHULTERN DER FRAUEN ?"**

FRAUENZENTRALTAGUNG IN DORFWEIL

Vom 1. bis 3. März fand die diesjährige Frauenzentraltagung in Dorfweil zu einer politischen Entwicklung statt, deren Ablauf und Auswirkungen auch in den Siedlungen für einigen Gesprächsstoff sorgte: die deutsche Einigung. Wir haben uns auf der Tagung vor allem damit beschäftigt, wie sich die Einigung auf die Lebens- und Arbeitssituation der Frauen in den neuen Bundesländern auswirkt.

Bereits letztes Jahr besuchten Frauen aus den Brennpunkten Frauen in der DDR bzw. dann in den neuen Bundesländern. Damals konnten sich viele Frauen dort noch nicht vorstellen, was ihnen die Frauen aus der Bundesrepublik erzählten: daß es hier arme Menschen gibt, daß Wohnungen fehlen, Arbeitsplätze, daß die Frauen nicht wissen, wo sie ihre Kinder lassen sollen, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen wollen. Anders an diesem Wochenende. 4 Frauen aus Erfurt und Weimar berichteten, wie es Ihnen früher in der DDR ergangen war und wie sich ihr Leben jetzt verändert hat. Viele Betriebe machen dicht, die Frauen verlieren ihre Arbeitsplätze und oft auch gleich Betreuungsplätze für ihre Kinder mit, da es in der DDR viele Betriebskindergärten gab, die jetzt auch schließen. Die Preise sind gestiegen, die Löhne für die, die noch Arbeit haben, halten nicht Schritt. Ein ganz neues System und damit ein neues Denken kommt auf die Frauen zu. War früher vieles klar und formlos zu regeln, müssen sich die Frauen jetzt mit vielen verschiedenen Anträgen und Formularen ihnen zustehende Rechte sichern. Viele empfinden es als entwürdigend, daß sie gegenüber dem Staat ihre persönlichen Verhältnisse offenlegen müssen, z.B. beim Antrag auf Kindergeld. Oder daß bei der Gewährung der Sozialhilfe die Eltern oder Kinder herangezogen werden.



(Foto:Hey)

Viele Rechte und Leistungen sind bei der Einigung für die Frauen aus der früheren DDR weggefallen. Einzig bei der Abtreibungsfrage gilt für die Frauen "drüben" noch das alte Recht. In allen anderen Punkten gilt jetzt das für Frauen oft schlechtere bundesdeutsche Recht.

Was bleibt uns Frauen nun zu tun? Beim Vergleich der jetzigen Lebensbedingungen in den alten und neuen Bundesländern zeigte sich, daß die Probleme der Frauen immer ähnlicher werden. Wir haben deshalb in Arbeitsgruppen gemeinsame Forderungen mit den Frauen aus Erfurt und Weimar entwickelt. Dabei haben uns die Erfahrungen, die die Frauen von ihrem Leben in der DDR mitbrachten, geholfen. Zum einen zeigten sie uns, was an Leistungen für Frauen möglich ist, zum anderen wurde aber auch klar, daß frau genau aufpassen muß, wie die Praxis aussieht, wie die Leistungen umgesetzt werden. Ein Beispiel dafür ist die Kinderbetreuung. Es reicht nicht, flächendeckende Angebote zu haben, die Einrichtungen müssen auch entsprechend ausgestattet sein, damit sich die Kinder wohlfühlen. Und Haushaltstage, die den Frauen früher in der DDR alle 2 Monate zustanden, dürfen nicht wie gehabt nur für Frauen gelten, sonst bleibt an ihnen doch wieder alles hängen.

Die Forderungen, die auf der Tagung erarbeitet wurden, sollen zunächst einmal den hessischen Politikerinnen vorgestellt werden. Dazu soll dieses Jahr wieder ein Landtagsgespräch stattfinden. Wie die letzten Male auch wird das Gespräch in den Frauengruppen vor Ort vorbereitet.



Die Gespenster spuken ... (Foto:Feisel)

Wie immer bei den Frauentagungen ging auch diesmal wieder Arbeit und Vergnügen Hand in Hand. Die Langener Frauen präsentierten am Samstagabend eine überarbeitete Fassung ihrer letztjährigen Modenschau und auch die Kinder waren diesmal mit einem Gespenstertanz vertreten. Dabei hatten die Mütter der Kinder am Ende des Tanzes einige Mühe, ihre Sprößlinge unter den Gespenstern herauszufinden.

Christina Hey

18jährige erhalten volle Sozialhilfe

Kassel (hpk). – Der Hessische Verwaltungsgeschichtshof (VGH) in Kassel hat einen Erlaß des Wiesbadener Sozialministeriums von Juni 1990 aufgehoben. Sozialminister Trageser hatte verfügt, daß der Sozialhilfe-Regelsatz für 18- bis 25jährige Personen um zehn Prozent gesenkt werde. Dieser Erlaß verstößt laut 9. Senat des VGH gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz.

Die Kasseler Entscheidung bestätigt ein Frankfurter Verwaltungsgerichtsurteil. Dort hatte ein 23jähriger gegen die Ungleichbehandlung im Verhältnis zu älteren Sozialhilfeempfängern durch das zuständige Sozialamt geklagt. Die Frankfurter Richter gaben ihm Recht, weil der Erlaß einen bestimmten Teil der Sozialhilfeberechtigten schlechter behandle.

Der VGH ging in seiner Begründung noch weiter. Der Erlaß des Sozialministeriums sei verfassungsrechtlich bedenklich. Aus diesen gezogenen Gutachten könne kein niedrigeres Existenzminimum für 18- bis 25jährige abgeleitet werden. Sparwünsche, die offenbar hinter dem Erlaß stünden, seien jedenfalls keine tragfähige Begründung für die offenkundige Ungleichbehandlung bestimmter Personengruppen (Az.: 9 TG 3377/90).

Kein Telefon für Obdachlose Gericht nennt Gang zur nächstgelegenen Zelle zumutbar

Von unserem Mitarbeiter Matthias Brunnert

GÖTTINGEN, 17. März. Bewohner von Obdachlosen-Unterkünften dürfen sich in aller Regel kein eigenes Telefon leisten, auch wenn sie es selbst bezahlen wollen. Stattdessen müssen sie die nächstgelegene öffentliche Telefonzelle benutzen. Mit dieser Begründung hat das Verwaltungsgericht Braunschweig jetzt die Klage einer Familie gegen den Flecken Bovenden (Landkreis Göttingen) zurückgewiesen (Aktenzeichen 6 A 61261/90).

Die Familie, die seit Sommer 1988 in einer gemeindeeigenen Obdachlosen-Unterkunft lebt, hatte bei der Post einen Telefonanschluß beantragt, was mit Hinweis auf die fehlende Genehmigung der Gemeinde als Eigentümerin der Unterkunft abgelehnt wurde. Der Ort Bovenden weigerte sich jedoch, eine solche Einwilligung zu erteilen und vertrat die Ansicht, ein Telefonanschluß gehöre nicht zur Mindestausstattung einer Obdachlosenunterkunft. Außerdem solle kein Präzedenzfall geschaffen werden. Daraufhin zog die Familie mit der Be-

gründung vor Gericht, Nutzungsberechtigte einer Obdachlosenunterkunft müßten rechtlich mit Wohnungsmietern gleichgestellt werden. Außerdem sei ein Telefon dringend erforderlich, damit für die kranke Tochter ein Arzt herbeigerufen und der Vater von seiner Firma angerufen werden könne. Im übrigen würden Interessen der Gemeinde durch die Einrichtung eines Telefonanschlusses überhaupt nicht berührt.

Die Richter sahen es jedoch anders und wiesen die Klage ab. Eine Obdachlosenunterkunft sei mit einer Mietwohnung rechtlich nicht vergleichbar. Sie müsse zur vorübergehenden Unterbringung von Wohnungslosen zwar ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen und deshalb gewisse Mindestanforderungen erfüllen. Doch ein Telefonanschluß gehöre in aller Regel nicht dazu, heißt es in der Urteilsbegründung. Der Bovender Familie könne durchaus zugemutet werden, die nächstgelegene, rund 300 Meter entfernte öffentliche Telefonzelle zu benutzen.

FR, 18.3.91

Wohnraum darf nicht leerstehen

WIESBADEN (lhe). Die Zweckentfremdung von Wohnraum ist künftig in 57 hessischen Gemeinden grundsätzlich verboten. Dies betreffe Wohnungen, die der Besitzer leer stehen lasse, die als Gewerberaum genutzt oder abgerissen werden sollen, berichtete das Innenministerium am Montag in Wiesbaden. Bisher habe das Verbot nur für 15 Gemeinden gegolten.

Neu ist das Verbot unter anderem für Darmstadt, Dieburg, Griesheim, Mühltal, Ober-Ramstadt, Pfungstadt, Reinheim, Weiterstadt, Bir-

kenau, Bürstadt, Grasellenbach, Lampertheim, Biebesheim, Ginsheim-Gudensberg, Groß-Gerau, Mörfelden-Walldorf, Rüsselsheim und Höchst im Odenwald. Verschärft worden sei auch die Androhung von Zwangsgeld: Bis zu 50 000 Mark könne die Gemeinde neben sei auch eine Geldbuße bis zu 20 000 Mark möglich. Die Gemeinden hätten damit ein „wirksames rechtliches Instrument, um dem Verlust von Wohnraum zu begegnen“, so das Innenministerium.

RE, 15. 1. 91

NEUES AUS DEM JUGENDBEREICH**Aufschwünge I**

Das Rockmobil Frankfurt/M kann seit 1991 auf eine verstärkte Unterstützung der Stadt Frankfurt zählen: Seitens der Sozial- und Jugenddezernentin wurde uns mitgeteilt, daß wir künftig mit der finanziellen Unterstützung der Stadt rechnen können, außerdem mit einem zweiten Transporter, einer zweiten Anlage und Proberäumlichkeiten im Jugendhaus Gallus. Wie bekannt, will die Stadt ab 1992 eine feste Rockmobil-Stelle einrichten, und wir hoffen, daß es nicht bei einer bleibt...! Den KollegInnen vom Frankfurter Jugendamt und dem Dezernat sei auf alle Fälle für Ihre Mitarbeit herzlich gedankt!

Aufschwünge II

Nach langer Warteschleife hat die LAG demnächst eine "Mädchenreferentin"! Zunächst als "ABM" in Ganztagsstellung, in absehbarer Zeit dann hoffentlich als "feste" Stelle im Rahmen des LAG-Jugendbildungswerks. Den KollegInnen von Arbeit und Leben Hessen sei für die bisherige Zusammenarbeit in Sachen "Mädchenbildungsarbeit" gleichfalls herzlichst gedankt, ebenso dem Arbeitsamt Frankfurt/M für die Unterstützung unserer verschiedenen personellen Vorhaben!

Aufschwünge III

Nach den Mädchen und Frauen wollen sich nun auch eine Reihe von Männern im Rahmen der Brennpunkt-Arbeit in neuen Schwung versetzen und planen eine Fortbildung zum Thema "Männer in der pädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen". Männliche Geschlechts- und Interessengenossen aus der Kinder- und Jugendarbeit sollten sich dazu mal bei uns melden!

Günter Pleiner



Kanufahren der Mädchen auf der Fulda (Foto: Dorle Stöcker)

REFERAT EXISTENZSICHERUNGSBERATUNG:

Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte vor dem landesweiten Durchbruch?

In Hessen besteht nach dem Ausgang der rot-grünen Koalitionsverhandlungen begründete Hoffnung, daß Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte für benachteiligte Personengruppen künftig in wesentlich größerem Umfang gefördert und damit ermöglicht werden.

Angekündigt sind in der Koalitionsvereinbarung z.B.:

- eine Neuauflage des von CDU und FDP gestrichenen hessischen Benachteiligtenprogramms für außerbetriebliche Ausbildung;
- ein Landesprogramm "Arbeit statt Sozialhilfe" für freiwillige, tarifentlohnte und qualifizierende Beschäftigung;
- die Ausweitung des ABM-Landesprogramms, um die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei freien Trägern von Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten zu 100% zu ermöglichen;
- Erhöhungen der "Maßnahmen für lokale Beschäftigungsinitiativen" und ein Stammkräfteprogramm, um dem Fachpersonal in Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten eine längerfristige Berufsperspektive zu sichern.

Die neue Ministerin für Frauen, Arbeit und Sozialordnung, Heide Pfarr, will in diesem Bereich etwas bewegen; auf die Belange von Frauen soll besonders eingegangen werden und der Frauenanteil bei den TeilnehmerInnen auf über 50% (entsprechend dem Anteil der Frauen an den Arbeitslosen und an den SozialhilfeempfängerInnen) erhöht werden.

Da in der Koalitionsvereinbarung allerdings keine konkreten Zahlen aufgenommen wurden und alles noch unter dem Vorbehalt steht, daß überhaupt genug Geld in der Landeskasse vorhanden ist, kommt es auf den ersten Nachtragshaushalt für 1991 an, wieviel von dem vorhandenen Bedarf auch umgesetzt werden kann. Der Nachtragshaushalt soll gleich nach dem Regierungswechsel im April in Angriff genommen und noch vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Gerade neue Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte sollten jetzt unverzüglich Zuschuß-Anträge stellen - aber auch die schon bestehenden Projekte, deren Erweiterungspläne bisher an den knappen Mitteln scheiterten. Bis Ende April sollten diese Anträge beim Sozialministerium sein!

Das Referat Existenzsicherungsberatung der LAG als die landesweite Beratungseinrichtung für Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose und arbeitslose Sozialhilfeberechtigte wird ebenfalls einen Erweiterungsantrag beim Land stellen. Denn mit dem erklärten Ziel der neuen Landesregierung, überall in Hessen Angebote qualifizierender Beschäftigung für diese Personengruppe mit Hilfe der Landesförderung einzurichten, steigt der Beratungs- und Fortbildungsbedarf noch einmal geradezu explosiv.

Um möglichst viele Sozialhilfeträger für derartige Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte zu gewinnen, veranstaltet das Referat Existenzsicherungsberatung in Zusammenarbeit mit dem Referat Soziale Sicherung eine Fachtagung zum Thema "Hilfe zur Arbeit in Hessen" am 22. April 1991 in Frankfurt.

Michael Puhlmann

Erstmals Fortbildung für Verwaltungskräfte

Sekretärin oder Verwaltungskraft - das ist einer der häufigsten und beliebtesten Frauenberufe. Die Anforderungen, die dabei an die Mitarbeiterinnen gerichtet werden, sind vielfältig. Sie verlangen nicht nur fachliche Fertigkeiten und Kenntnisse - es muß auch das eigene Verständnis der Berufsrolle mit den Erwartungen der Vorgesetzten und KollegInnen in Einklang gebracht werden. Die Seminarleiterin Rita Ottenstein kennt das aus eigener Erfahrung: Vor ihrem Soziologie-Studium arbeitete sie selbst als Sekretärin.

Für das Referat Existenzsicherungsberatung war diese Fortbildung vom 28. Februar bis 1. März 1991 in Dorfweil Neuland. Bisher gab es Fortbildungsangebote für FachanleiterInnen, MeisterInnen, SozialpädagogInnen und GeschäftsführerInnen - aber nicht für die Verwaltungskräfte in den Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten, die praktisch ausschließlich Frauen sind.

Die Teilnehmerinnen an diesem Seminar beklagten, daß "uns Frauen als Verwaltungsangestellten zu wenig zugetraut" wird, daß ihnen zu wenig Kompetenzen zugestanden werden oder die Arbeitsaufträge oft unklar sind. "Gemeinsamer Erfahrungsaustausch schafft ein besseres Verständnis für die eigene Position im Beruf und das Bewußtsein, daß auftretende Probleme keine Einzelfälle sind", so eine Teilnehmerin des Seminars, "sondern mit der Struktur des Berufsbildes der Verwaltungsangestellten zusammenhängen."

Bei dem Seminar ging es auch kreativ zu: So gestalteten die Frauen z.B. Figuren und Objekte, in denen sie ihre Rolle am Arbeitsplatz darstellten. Die teilnehmenden Frauen wünschen sich, daß dieses Seminar kein Einzelfall bleibt: "Auch bei uns besteht ein starkes Interesse an Fortbildung." Dabei müsse jedoch die Betreuung der Kinder berücksichtigt und notfalls im Rahmen des Seminars organisiert werden.

Michael Palkovich

FRAUEN IN DER LAG

Tagungen: Leider können die Regionaltagungen dieses Jahr nicht wie sonst im September stattfinden. Nachdem uns das Tagungshaus kurzfristig abgesagt hat, war es schwer, überhaupt noch etwas zu finden. Die Tagungen werden nun im November bzw. Dezember in Mauloff stattfinden müssen. Thema: "Sexueller Mißbrauch". - Der Bildungsurlaub fällt vorerst aus. da unser Antrag von der Frauenbevollmächtigten mit Hinweis auf die Finanzen abgelehnt wurde. Vielleicht eröffnen sich mit der neuen Landesregierung neue Möglichkeiten. Wir bleiben am Ball.

Landespolitik: Die Regierung hat gewechselt, Frauenfragen sollen mehr Gewicht bekommen. Wir wollen uns dabei einmischen und werden deshalb die bereits in der Vergangenheit durchgeführten Landtagsgespräche wieder aufnehmen. Ein Gespräch ist für den Juni geplant. Es wird in den Frauengruppen vor Ort vorbereitet.

Bundesweite Aktivitäten: Neben der bundesweiten Fachtagung der BAG Soziale Brennpunkte in Gründung im Oktober in Arnoldshain, bei der alle Arbeitsbereiche vertreten sein werden (so auch die Frauen), wird 1991 wieder eine Kooperationstagung mit dem Burckhardt-Haus in Gelnhausen stattfinden. Thema: Frauen in Ost- und Westdeutschland.

Christina Hey

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n)

- Finanzbuchhalter(in)/ Halbtags

mit Erfahrung in der Lohn- und Gehaltsabrechnung (BAT). Wir erwarten von dem/der BewerberIn eine abgeschlossene kaufmännische Ausbildung mit Erfahrungen im Umgang mit DATEV und selbständigem Arbeiten.

- Jugendbildungsreferentin mit Schwerpunkt Mädchenarbeit, möglichst mit Erfahrungen in der Brennpunktarbeit. Die Stelle ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme und auf ein Jahr befristet. Voraussetzungen sind einjährige Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug.

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an BAT neben den üblichen Leistungen.

Bewerbungen richten Sie bitte bis spätestens 17. April an den Vorstand der

LAG SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN e.V.
Moselstr. 25,
6000 Frankfurt am Main 1,
Auskunft erteilen Herr Schaub bzw. Frau Hey: 069/250038

Lieber Matthias,

Du willst uns also wirklich verlassen? Persönlich können wir Dich ja gut verstehen, aber schade finden wir es dennoch. Deine Hilfe werden wir vermissen, wenn mal wieder schnell etwas in Bezug auf den Haushalt geklärt werden muß. Und auch Dein freundschaftliches Gefrotzel. Für Deine persönliche Zukunft und Deine neue Arbeit wünschen wir Dir alles Gute und viel Erfolg!!!

Deine Kolleginnen und Kollegen aus der LAG-Geschäftsstelle



Die Projektgruppe Margaretenhütte e.V.,
Gießen -Gemeinwesenprojekt im Sozialen
Brennpunkt - sucht zum 01.04.1991
einen S o z i a l p ä d g o g I n
für Arbeit mit Kindern im Vorschulbereich
und Gemeinwesenarbeit.
Vollzeitstelle mit Bezahlung nach BAT.
Bewerbungen erbeten an:
Projektgruppe Margaretenhütte
Henriette-Fürth-Str. 13
6300 Gießen
Tel.: 0641/77324

Hast Du einen



Nein ?

Ab 1.Juli 1991 mußt Du einen haben !

Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger- Innen, Kranke und BezieherInnen von Übergangs- oder Unterhaltsgeld werden einer neuen Überwachungsmaßnahme unterstellt.

Wie die Überwachung funktionieren soll, welche sozialpolitischen Ziele damit verfolgt werden und was jeder dagegen tun kann, könnt Ihr in der Broschüre der Fachgruppe "Kontrolle, Verdattung, Innere Sicherheit" lesen.

Zu bestellen bei :

IKÖ	oder	Arbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen
Balkenstr. 17-19,		Moselstr. 25,
4600 Dortmund I		6000 Frankfurt I
Kto: PGiro Hamburg		
Kto-Nr. 65180-205		

Sende bitte mit der Bestellung einen mit 1,40 DM frankierten DIN-A-5-Umschlag - beschriftet mit "Drucksache" und Deiner Anschrift - sowie pro Broschüre 3,- DM (Arbeitslose, Studenten 2,- DM) in Briefmarken, Papiergeld oder Kopie des Einzahlungsscheins der Bank mit.

Die Graffiti-Leute vom Eschig brauchen Sprühdüsen zum Sprayen. Ihr kennt sie von Haushaltsreinigern, Parfümflaschen u.s.w.. Bevor ihr die Flaschen wegwerft, nehmt doch bitte die Düsen ab und schickt sie an die Spiel- und Lernstube, Im Eschig 24, 6050 Offenbach. !

TERMINE

April 1991

- 12.04.-14.04. Fortbildung für AusbilderInnen, SozialpädagogInnen und LehrerInnen im Ausbildungszusammenhang, Dorfweil
13.04. AG zur Vorbereitung des Landtagsgespräches "Frauen", Frankfurt, 10.00 Uhr
15.04. BAG Soziale Brennpunkte: Vorbereitungstreffen zur bundesweiten Fachtagung, Mainz
16.04. Regionaltreffen Mitte, Gießen, 19.30 Uhr
17.04. Regionaltreffen Süd, Offenbach, 19.30 Uhr
18.04. Fachgruppe GeschäftsführerInnen, Frankfurt, 9.30 Uhr
18.04. AG Jugend, Margaretenhütte/Gießen, 10.00 Uhr
19.04./20.04. Rock-Festival Rockmobil Frankfurt, JUZ Frankfurt-Höchst
20.04. AG Sozialhilfe, Wiesbaden, 14.00 Uhr
22.04. Fachtagung: "Hilfe zur Arbeit" in Hessen, Frankfurt, 9.00 Uhr
22.04. Regionaltreffen Süd-West, Darmstadt, 19.30 Uhr
25.04. AK Frauen (Terminänderung!), Frankfurt, 10.00 Uhr

Mai 1991

- 06.05./07.05. "Forum Jugendhilfe - Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen", Fortbildungswerk Wiesbaden
09.05./10.05. Zentrale LAG-BewohnerInnentagung, Oberreifenberg
11.05. LAG-Mitgliederversammlung, Oberreifenberg
25.05. AG Sozialhilfe, Raunheim, 14.00 Uhr
31.05.-02.06. "Alltag in einem fremden Land", Kooperationstagung mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit, Bodenrod
31.05.-02.06. Mädchen-Musikwochenende, Dörnberg
31.05.-02.06. Marburger Kajak-Wochenende, BSJ-Marburg

Juni

- 04.06. Regionaltreffen Spiel- und Lernstuben Süd/Süd-West, Michaelisstraße/Darmstadt, 9.30 Uhr
07.06.-09.06. Rockmobil-Treff '91, Rockmobil Gießen, Dörnberg
11.06. Rollende Tagung III: Beschäftigungsprojekte im Abfallbereich
15.06./16.06. Kajak für EinsteigerInnen/Mädchen, BSJ-Marburg
18.06. Arbeitskreis Mädchen, Frankfurt, 10.00 Uhr
19.06. LAG-Betriebsausflug
20.06. AK Frauen, Frankfurt, 10.00 Uhr
22.06. AG Sozialhilfe, Marburg, 14.00 Uhr
22.06./23.06. Kajak für EinsteigerInnen, BSJ-Marburg
27.06./28.06. Fortbildung für GeschäftsführerInnen von Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten, Hunoldstal

Terminänderungen !!!

- 18.10.-20.10. BAG Soziale Brennpunkte: Fachtagung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain, Schmitten
29.11.-03.12. 1. Regionaltagung Frauen, Mauloff
06.12.-08.12. 2. Regionaltagung Frauen, Mauloff